

Globalisierungsethik

Peter Singer

(Übersetzung von beatrice kobow¹)

Betrachten wir zwei Aspekte der Globalisierung: Erstens, Flugzeuge, die ins World Trade Center rasen und dort explodieren; und zweitens, den Karbon-Dioxid Ausstoß eines benzin-schluckenden, schweren Kraftfahrzeugs mit Vierradantrieb.

Das erste Ereignis brachte vielen Menschen den sofortigen Tod und hinterließ unvergessliche Bilder, die auf Fernsehbildschirmen in der ganzen Welt gesehen wurden.

Das zweite Beispiel trägt zu einer Klimaveränderung bei, die nur mit Hilfe von wissenschaftlichen Instrumenten gemessen werden kann.

Dennoch sind beides Anzeichen dafür, dass wir alle heute Teil einer Weltgemeinschaft sind – in *einer* Welt leben. Und die subtileren Veränderungen, zu denen die Besitzer von Kraftfahrzeugen, die unnötig viel Benzin verbrauchen, beitragen, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr Menschen töten, als andere, sichtbarere Aspekte der Globalisierung. Wenn die Bewohner der reichen Nationen auf Fahrzeuge umsteigen, die mehr verbrauchen als die Autos, die sie früher fuhren, dann tragen sie damit zur Klimaveränderung in Mozambique und Bangladesh bei – zu Veränderungen, die Missernten, den Anstieg des Meeresspiegels, und die Verbreitung von tropischen Krankheiten verursachen können.

Während Wissenschaftler Beweise dafür anhäufen, dass der anhaltende Ausstoß von Treibgas das Leben von Millionen von Menschen gefährdet, äußert der Präsident der Nation, die den größten Anteil dieser Treibgase erzeugt: „Wir werden keine Maßnahmen ergreifen, die unserer Wirtschaft schaden, denn wir müssen zuallererst an die Menschen, die in Amerika leben, denken.“

¹ Besonderer Dank für die Durchsicht der Übersetzung gebührt David Bruder, Universität Konstanz.

Bushs Bemerkung war kein Versprecher, sondern der Ausdruck einer ethischen Position, die er von seinem Vater übernommen haben könnte. Der erste Präsident Bush äußerte im Jahr 1992 ungefähr das Gleiche auf dem Welt-Gipfel in Rio de Janeiro.

Dass die Bush-Regierung immer noch so denkt, zeigt sich an der Nominierung John Boltons zum U.S. Botschafter der Vereinten Nationen. Bolton hat mehrmals klar gesagt, dass er der Ansicht ist, die USA sollten sich eng auf nationale Interessen konzentrieren. Er sagte, z.B., dass, würde Washington die UN zu stark legitimieren, „damit die Freiheit nationale Interessen mit Gewalt durchzusetzen wahrscheinlich in Zukunft eingeschränkt würde.“ („Kofi Annan’s UN Power Grab“, 1999, Weekly Standard).

Und mit Bezug auf internationales Recht: „Es ist ein großer Fehler von uns dem internationalen Recht irgendeine Gültigkeit zuzusprechen, sogar wenn dies in unserem kurzfristigen Interesse zu liegen scheint – weil es, auf lange Sicht das Ziel derer ist, die auf solche internationale Rechtsprechung hoffen, den Handlungsspielraum der Vereinigten Staaten einzuschränken.“ (Insight Magazine, 1999).

Wir sind also gezwungen, ein fundamentales ethisches Problem zu erwägen: In welchem Ausmaß sollten politische Führer ihre Rolle eng definieren und ausschließlich die Interessen der Bürger, die sie direkt vertreten, voranbringen, und in welchem Maß sollten sie sich um das Wohlergehen der Menschen überall bemühen?

Es gibt starke ethische Gründe für die Aussage, dass es falsch für politische Machthaber ist, den Interessen ihrer eigenen Bürger absolute Priorität zu geben. Der Wert eines unschuldigen Menschenlebens wird nicht nach Nationalität bemessen.

Aber, so könnte man einwenden, die abstrakte ethische Vorstellung, dass alle Menschen eine Gleichbehandlung verdienen, diktiert nicht die Pflichten politischer Entscheidungsträger.

Wie man von Eltern nur erwartet, für die Interessen ihrer eigenen Kinder aufzukommen, und nicht für die Interessen von Fremden, so hat Präsident Bush, als er das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten übernommen hat, eine bestimmte Rolle angenommen, die es zu seiner Pflicht macht, die Interessen der Amerikaner zu schützen und zu befördern. Andere Länder haben ihre eigenen politischen Führer, die im Bezug auf die Interessen ihrer Staatsbürger ähnliche Rollen übernehmen.

Es gibt keine weltpolitische Gemeinschaft, und so lange diese Situation andauert, existieren Nationalstaaten, und die Führer dieser Nationalstaaten müssen den Interessen ihrer Bürger den Vorzug geben. Sonst würde auch die Demokratie nicht mehr funktionieren – angenommen die Wähler verwandelten sich nicht plötzlich alle in Altruisten im großen Stil. Unsere politischen Führer meinen, dass sie den Interessen ihrer eigenen Bürger einen gewissen Vorrang einräumen sollten, und, folgt man dieser Argumentation, tun sie auch ganz Recht daran. Was aber bedeutet ‚einen gewissen Vorrang einräumen‘ in der politischen Praxis?

Verwandt mit der Frage nach den Pflichten nationaler Führer ist eine zweite Frage:

Ist die Teilung der Weltbevölkerung in souveräne Nationen eine entscheidende und unveränderbare Tatsache? Unser Nachdenken über diese Frage wird vom Grauen in Bosnien, Ruanda, und im Kosovo beeinflusst. Eine Untersuchung der Vereinten Nationen unterstützt die Annahme, dass in Ruanda 2 500 Mann Militärpersonal mit geeigneter Ausbildung und einer klaren Aufgabe ausgereicht hätten, um 800 000 Menschenleben zu retten.

Generalsekretär Kofi Annan, der als Untergeneralsekretär für die Friedensmissionen dieser Zeit zuständig war, trägt Verantwortung für das, was die Untersuchung eine ‚schreckliche und erniedrigende‘ Lähmung nennt, und er hat aus dieser Situation gelernt. Er drängt darauf, dass „die Welt nicht bei Seite stehen kann, während ungeheuerliche und systematische

Menschenrechtsverletzungen geschehen.“ Was wir brauchen, sagt er, sind „legitime und universelle Prinzipien“ auf die wir eine Intervention stützen können. Das bedeutet eine Neudefinition der Staatssouveränität, oder genauer gesagt, das Aufgeben der Idee einer absoluten Staatssouveränität, wie sie in Europa seit dem Westfälischen Frieden von 1648 vorherrscht.

Die Nachwehen der Angriffe vom 11. September haben auf ganz andere Weise klargemacht, wie sehr unsere Auffassung von Staatssouveränität sich im Laufe des letzten Jahrhunderts verändert hat.

Im Sommer 1914 erschütterte ein Terroranschlag die Welt: Die Ermordung des österreichischen Kronprinzen Franz Ferdinand und seiner Frau in Sarajevo durch einen bosnisch-serbischen Nationalisten. Als Folge der Empörung über das Attentat stellte Österreich-Ungarn ein Ultimatum an Serbien; darin legte es Beweise dafür vor, dass die Mörder von der Schwarzen Hand trainiert und bewaffnet worden waren, von einer undurchsichtigen serbischen Organisation, die von einem serbischen Militärgesamtdienstler geleitet wurde. Die Schwarze Hand wurde von weiteren serbischen Regierungsvertretern geduldet oder unterstützt, und die serbischen Beamten ermöglichten den sieben Verschwörern des Ermordungskomplots die Flucht über die Grenze in Bosnien. Folglich forderte das österreichisch-ungarische Ultimatum, dass die Serben die Verantwortlichen vor Gericht bringen und den österreichisch-ungarischen Beamten Einblick in die Unterlagen ermöglichen sollten, um sicher zu gehen, dass die Strafverfolgung ordentlich von Statten gehe.

Trotz der klaren Beweise für die Teilnahme serbischer Beamter am Verbrechen – Beweise, die, darüber sind sich Historiker einig, stichhaltig sind – wurde das österreichisch-ungarische Ultimatum von weiten Kreisen in Russland, Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten

Staaten verurteilt. Die darin aufgestellten Forderungen wurden als ‚tyrannisch‘ und ‚gemein‘ bezeichnet.

Viele Historiker, die die Ursprünge des ersten Weltkriegs erforschen, beurteilen das österreichisch-ungarische Ultimatum ebenso negativ – es stelle zu weitgehende Forderung einer souveränen Nation an eine andere dar. Die Tatsache, dass Österreich-Ungarn zu weiteren Verhandlungen nicht bereit war, nachdem die serbische Regierung viele, aber nicht alle Forderungen des Ultimatums akzeptiert hatte, gilt dann als ein weiterer Beweis dafür, dass Österreich-Ungarn, im Einvernehmen mit seinem Bündnispartner Deutschland, bloß einen Vorwand suchte, um Serbien den Krieg erklären zu können. Folglich seien diese beiden Nationen schuldig am Ausbrechen des Krieges und an den neun Millionen Toten, die er forderte.

Betrachten wir nun die Amerikanische Antwort auf die Terror-Anschläge vom 11. September. Die Forderungen, die die Bush-Regierung an die Taliban stellten, waren kaum weniger rigide als die Österreich-Ungarns an Serbien im Jahr 1914. (Der Hauptunterschied besteht darin, dass Österreich-Ungarn auf der Unterdrückung feindlicher nationalistischer Propaganda bestand. Redefreiheit stand damals als Menschenrecht noch nicht so hoch im Kurs.) Die amerikanische Forderung, dass die Taliban Osama bin Laden ausliefern sollten, wurde gestellt, ganz ohne Beweise beizubringen, die seine Verbindung zu den Anschlägen vom 11. September gezeigt hätten. Dennoch wurden diese amerikanischen Forderungen nicht als ein bloßer Vorwand für einen Angriffskrieg verurteilt, sondern von einer umfassenden Koalition anderer Nationen als vernünftig und berechtigt bestätigt.

Als Präsident Bush in Ansprachen und auf Pressekonferenzen nach dem 11. September sagte, er wolle keinen Unterschied machen zwischen Terroristen und Regierungen, die Terroristen verstecken, betrachtete dies kein Botschafter, kein Außenminister oder Vertreter der

Vereinten Nationen als ‚gemeine‘ Doktrin oder ‚tyrannische‘ Forderung an eine souveräne Nation, ähnlich der zeitgenössischen oder historischen Bewertung der Österreichisch-Ungarischen Forderungen. In der Resolution vom 28. September 2001 des UN Sicherheitsrats fand die amerikanische Haltung umfassende Unterstützung.

Heute scheinen die weltpolitischen Führer anzuerkennen, dass jede Nation jeglicher anderen Nation gegenüber die Pflicht hat, innerhalb ihrer Grenzen Handlungen zu unterbinden, die dazu führen können, dass in einem anderen Land terroristische Angriffe ausgeführt werden, und dass es vernünftig ist, einer Nation den Krieg zu erklären, die diesen Pflichten nicht nachkommt. Wenn Kaiser Franz Joseph I. und Willhelm II. dies sehen könnten, wären sie vielleicht der Meinung, dass – seit 1914 – die Welt sich ihrer Sichtweise angenähert habe.

Der Terrorismus hat aus unserer Welt eine integrierte Gemeinschaft gemacht – auf neue und beunruhigende Weise. Nicht bloß die Handlungen unserer Nachbarn, sondern sogar die der Bewohner entlegendster Bergdörfer in weit entfernten Gegenden unseres Planeten berühren heute unsere Interessen. Wir müssen die Reichweite unserer Rechtsprechung bis dorthin ausweiten und wir müssen die Möglichkeiten haben, Terroristen vor Gericht zu stellen, ohne ganzen Ländern dabei den Krieg erklären zu müssen. Dafür brauchen wir ein funktionierendes weltweites System der Rechtsprechung, damit Gerechtigkeit nicht unterschiedlichen nationalen Meinungen zum Opfer fällt.

Wir müssen außerdem, obwohl dies weit schwieriger zu erreichen sein dürfte, einen Sinn dafür entwickeln, dass wir wirklich eine Gemeinschaft sind, dass wir Menschen sind, die nicht bloß den Grundsatz anerkennen, dass wir einander nicht töten sollen, sondern auch die Verpflichtung, einander zu helfen. Dies mag religiöse Fanatiker vielleicht nicht daran hindern, Selbstmordattentate auszuführen, aber es kann dabei helfen, sie zu isolieren und die

Unterstützung für sie einzudämmen. Es ist kein bloßer Zufall, dass kaum zwei Wochen nach dem 11. September konservative Mitglieder des US-Kongresses ihre Position aufgaben und der Rückzahlung von 585 Millionen Dollar zustimmten, die die Vereinigten Staaten den Vereinten Nationen schuldeten. Jetzt, da Amerika die Welt zur Hilfe rief, um den Terrorismus auszumerzen, war klar, dass es nicht länger die Regeln der weltweiten Gemeinschaft in dem Maß suspendieren konnte, wie es dies vor dem 11. September getan hatte.

Wir haben so lange mit der Idee souveräner Staaten gelebt, dass sie Teil unserer Hintergrundannahmen geworden sind, nicht bloß in der Diplomatie und der Innenpolitik, sondern auch in der Moral. Im Begriff der ‚Globalisierung‘, mehr noch als im älteren Begriff ‚Internationalisierung‘, klingt an, dass wir aus der Ära der wachsenden Bindungen zwischen Nationen hinaustreten und anfangen über eine Lösung außerhalb der existierenden Konzeption des Nationalstaates nachzudenken. Diese Veränderung muss auf allen Ebenen des Nachdenkens vollzogen werden, und besonders auf der Ebene der Moral.

Fast während der gesamten Menschheitsgeschichte hätten Menschen, die auf kurze Entfernung nebeneinander lebten, genauso gut Welten voneinander getrennt leben können, so wenig Einfluss nahmen sie aufeinander. Ein Flusslauf, ein Gebirge, ein Wald oder eine Wüste, der Ozean – diese geographischen Barrieren genügten, um die Menschen voneinander abzuschneiden. Im Lauf der letzten Jahrhunderte hat sich diese Isolation verringert, zunächst langsam, dann mit immer größerer Geschwindigkeit. Heute sind die Menschen, die auf einander gegenüberliegenden Seiten des Globus leben auf zuvor unvorstellbare Art miteinander verbunden.

Dennoch hat sich unser Pflichtgefühl gegenüber den Bewohner entlegener Länder, besonders solchen Menschen gegenüber, die uns kulturell oder ethnisch nicht nahe stehen, nicht in dem

Maß erhöht, in dem diese Distanz geschrumpft ist. Thomas von Aquin, schrieb vor über 700 Jahren:

„...was jemand im Überfluss besitzt, schuldet er, gemäß natürlichem Recht, den Armen für ihren Unterhalt. So sagt Ambrosius, und es steht auch so im *Decretum Gratiani*: ‚Das Brot, das Du zurück hältst, gehört den Hungrigen; die Kleidung, die Du wegschließt, den Nackten; und das Geld, das Du in der Erde vergräbst, ist die Versöhnung und Freiheit der Mittellosen.‘“
(Thomas von Aquin, Summa Theologica, II-II, Q 66 A 7)

In der heutigen Welt gibt es viele Menschen, die ‚im Überfluss besitzen‘. Damit meine ich, dass sie, nachdem sie alle ihre Bedürfnisse gestillt haben – versorgt sind mit Nahrung, Wohnung, Wärme, Kleidung, Gesundheitsversorgung, Erziehung, für sich selbst und für ihre Kinder, und ausreichende Vorkehrungen getroffen haben, diese Bedürfnisse auch in Zukunft stillen zu können – sie immer noch Geld übrig haben für Dinge, die - mag man sich auch noch so bemühen - nicht mehr als Grundbedürfnisse bezeichnet werden können. Wenn man Geld ausgeben kann für gute Restaurants, Konzerte, Reisen, Bücher, CDs, oder Kleidung, bloß weil sie einem gefällt, nicht weil sie einen vor Nacktheit oder Kälte schützt, so ist man, mit einem Wort, reich. Thomas von Aquin hätte sich niemals den Reichtum vorstellen können, den heute viele Menschen besitzen – denken wir z.B. an Zentralheizung und Klimaanlage, an frische exotische Früchte aus den temperierten und tropischen Ländern, die uns ins Haus geliefert werden, und daran, alle Wunder dieser Welt bereisen zu können. Thomas von Aquin hätte die meisten Bürger der Mittelklasse einer industrialisierten Nation und die Bürger anderer Länder, die in ähnlichem Stil leben können, für unermesslich reich gehalten.

Seit den Zeiten von Sokrates ist es die Aufgabe des Philosophen unbequeme Fragen zu stellen, die unsere Annahmen über die Welt betreffen, und darüber, was wir tun sollen. Wie

können wir dabei vorgehen? In seinem Buch ‚Living High and Letting Die‘ (Wohlleben und Sterbenlassen) konfrontiert uns der amerikanische Philosoph Peter Unger mit einer bemerkenswerten Reihe einfallsreicher Beispiele, die unsere moralischen Intuitionen in Frage stellen sollen, ob es richtig ist, gut zu leben, ohne erhebliche Geldsummen zur Hilfe der Leute aufzuwenden, die hungrig sind, oder unterernährt, oder an einfach zu behandelnden Krankheiten wie Durchfall sterben. Hier meine Paraphrase eines dieser Beispiele:

Bob hat das Rentenalter beinahe erreicht. Er hat seine Ersparnisse in ein sehr seltenes und wertvolles altes Auto investiert, in einen Bugatti, den er bisher noch nicht versichert hat. Der Bugatti ist sein ganzer Stolz. Zusätzlich zu der Freude, die es ihm bereitet, dieses Auto zu fahren und zu pflegen, weiß Bob, dass der steigende Marktwert des Bugatti es ihm immer ermöglichen wird, das Auto zu verkaufen und von dem Erlös im Ruhestand angenehm zu leben. Auf einer Spazierfahrt parkt Bob seinen Bugatti am Ende einer stillgelegten Eisenbahnausweichschiene und macht einen kleinen Gang den Berg hinauf; von dort oben sieht er einen Eisenbahnwaggon, der außer Kontrolle geraten ist, mit niemandem an Bord, der die Schienen hinunter rast. Weiter hinten sieht Bob die kleine Gestalt eines Kindes in einem Tunnel auf den Schienen spielen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass dieses Kind von dem Eisenbahnwaggon überrannt und getötet werden wird. Bob kann den Waggon nicht anhalten und das Kind ist außer Rufweite. Bob kann das Kind nicht warnen. Bob kann jedoch einen Schalter umlegen, der den Zug auf das Abstellgleis lenkt, an dessen Ende sein Bugatti geparkt steht. Dann würde niemand getötet; da jedoch die Barriere am Ende des Ausweichgleises marode ist, wird der Eisenbahnwaggon den Bugatti zerstören. Bob denkt an die Freuden, die ihm der Besitz des Autos macht und an die finanzielle Sicherheit, die es darstellt, und er entscheidet, den Schalter nicht

umzulegen. Das Kind wird getötet. Bob erfreut sich noch viele Jahre lang an seinem Bugatti und an der von diesem Besitz ausgehenden finanziellen Sicherheit.

Wie sollen wir Bobs Verhalten moralisch beurteilen?

Viele von uns werden sofort antworten, dass Bobs Verhalten fürchterlich falsch war. Diese Antwort ist keine Überstrapazierung unserer moralischen Konzepte, stimmt Unger zu. Dann aber erinnert er uns daran, dass auch wir die Möglichkeit haben, das Leben von Kindern zu retten. Wir können an Organisationen wie Oxfam, Welthungerhilfe oder UNICEF spenden. Unger schätzt, dass schon die Spende von 200 US Dollar wahrscheinlich genügt, um das Leben eines Kindes zu retten, sogar wenn man davon die Aufwendung der Spendenorganisation, die Verwaltungskosten und die Transportkosten, die notwendig sind, um Hilfe in betroffene Gebiete zu befördern, abzieht. Wenn dies auch nur annähernd stimmt, dann steht unsere Haltung Bob gegenüber im Widerspruch zu unserer Haltung unserem eigenen Verhalten gegenüber und unserer Haltung gegenüber anderen, völlig normalen reichen Leute, die keine angemessenen Summen ihres Einkommens aufwenden, um denen zu helfen, die absolut arm sind.

Denken Sie nochmals an Bob und seinen Bugatti. Ist es wirklich möglich, zu denken, dass es völlig falsch von Bob war, die Weiche nicht zu stellen, den Zug nicht abzuwenden, das Leben des Kindes nicht zu retten, aber nicht so falsch von reichen Leuten, sich dagegen zu entscheiden, den Organisationen, die ich oben aufgeführt habe, Geld zu schicken ?

Man könnte zu diesem Beispiel natürlich noch viel sagen. Es gibt Millionen reicher Leute, die Menschenleben retten könnten, aber dies nicht tun. Und es gibt außerdem Regierungen, die mehr tun könnten. Warum sollte die Bürde auf uns als Individuen lasten, alles in unserer Macht Stehende zu tun?

Wäre es nicht besser, wenn Regierungen diese Aufgabe übernehmen? Es wäre sicher besser, wenn Regierungen die Budgets ihrer internationalen Hilfe aufstockten, da dies die Last gleichmäßiger auf alle Steuerzahler verteilen würde. Im Zeitraum der letzten zwanzig Jahre ist jedoch leider die Summe, die die Regierungen der ökonomisch hoch entwickelten Nationen für internationale Hilfe ausgeben, gesunken, und die meisten Länder sind weiter denn je davon entfernt, die Soll-Marke der Vereinten Nationen von 0,7% des Bruttosozialprodukts für diese Hilfsleistungen aufzuwenden.

In den letzten Jahren haben bloß fünf Nationen – Dänemark, Norwegen, die Niederlande, Luxemburg und Schweden – diese UN-Marke überschritten. Große Europäische Nationen, wie Großbritannien, Frankreich, Spanien und Deutschland, haben ungefähr 0,3% für solche Hilfsleistungen aufgewendet. Die Vereinigten Staaten haben nur 0,13 %, das bedeutet bloß 13 Cent pro Hundert Dollar, die in diesem Land produziert wurden, aufgewendet – die niedrigste Rate aller entwickelten Nationen. Zudem zeigt diese Zahl nicht eine wirkliche Wende zu einer grundsätzlich positiven Entwicklung der humanitären Hilfe an, da das meiste, was die Vereinigten Staaten für ‚Entwicklungshilfe‘ ausgeben, an Länder bezahlen, die von strategischem oder besonderem Interesse für die Vereinigten Staaten sind (z.B. um sicher zu gehen, dass Ägypten ein Partner im Friedensprozess des mittleren Ostens bleibt, oder um den Drogenexport aus Kolumbien zu stoppen).

Wird sich diese Lage jemals ändern? Ich möchte jetzt einen vorsichtigen Exkurs wagen, der Grund zur Hoffnung gibt, dass sich dies ändern könnte. Vor hundertfünfzig Jahren fasste Karl Marx seine Theorie der Geschichte in einem Satz so zusammen: „Die handbetriebene Mühle bringt uns eine Gesellschaft mit Feudalherren; die dampfbetriebene Mühle eine Gesellschaft mit Industriekapitalisten.“ Heute hätte er hinzufügen können: „Flugzeug, Telefon und Internet erschaffen eine globale Gesellschaft mit transnationalen Konzernen und dem Forum der Weltwirtschaft.“ Technologien verändern alles – das war die These von Marx und wenn sie

auch eine gefährliche Halbwahrheit sein mag, so ist sie doch erhellend. Wenn Technologien Entfernungen überwinden, folgt die ökonomische Globalisierung. In Supermärkten in London wird frisches Gemüse, das aus Kenia eingeflogen wird, neben Gemüse aus dem nahen Kent angeboten. Flugzeuge bringen illegale Immigranten in ein von ihnen ersehntes Land, wo sie sich ein besseres Leben erhoffen. In den falschen Händen werden dieselben Flugzeuge zu tödlichen Waffen, die Hochhäuser zum Einsturz bringen.

Digitale Kommunikation verlagert den internationalen Handel von Waren auf Dienstleistungen. Am Ende eines Handelstages werden die Konten einer in New York ansässigen Bank von ihren in Indien lebenden Angestellten bearbeitet. Das stärkere Zusammenwachsen der Weltwirtschaft schlägt sich in der Entwicklung neuer Formen globaler Verwaltung nieder – hierbei ist die wohl kontroverseste Entwicklung die der Welthandelsorganisation, wobei die Welthandelsorganisation selbst nicht die *Ursache* für eine globale Wirtschaft ist.

Marx behauptet, dass wir langfristig nie die Erneuerung der Produktionsmittel ablehnen, die uns helfen, unsere materiellen Bedürfnisse zu befriedigen. Darum wird die Geschichte vom Wachstum der Produktionskräfte gekennzeichnet. Marx hätte bestimmt die Vorstellung abgelehnt, die Globalisierung sei etwas, das über die Welt gebracht wird von verschwörerischen Konzernmanagern in der Schweiz, und er hätte vielleicht Thomas Friedman zugestimmt, der bemerkt, dass eine der Grundwahrheiten der Globalisierung lautet: ‚Niemand ist zuständig.’

Für Marx ist dies eine Aussage, die die Menschheit in einem Zustand der Entfremdung darstellt, in einer Welt, in der wir, statt uns selbst zu regieren, von unserer eigenen Erfindung – der globalen Wirtschaft – beherrscht werden. Andererseits ist Friedmans Antwort auf den Marxschen Alternativvorschlag – eine staatliche Kontrolle der Wirtschaft -, schlicht die, dass es so nicht funktioniert.

(Ob es Alternativen zum Kapitalismus und zum zentral verwalteten Sozialismus gibt, die funktionieren, ist eine weitere Frage, aber eine, die ich nicht hier beantworten kann.)

Marx glaubte auch, dass die Moral einer Gesellschaft ihre durch Technologien bestimmte ökonomische Struktur widerspiegelt. Darum resultiert eine feudale Wirtschaft, in der Leibeigene an das Land ihrer Herren gebunden sind, in einer Moral feudaler Tugend, die auf der Loyalität der Knechte und Vasallen ihrem Landherrn gegenüber basiert und auf den Verpflichtungen des Herrn, sie in Kriegszeiten zu schützen. Eine kapitalistische Wirtschaft verlangt nach beweglicher Arbeitskraft, die die Bedürfnisse des Marktes erfüllt, darum brechen in ihr die Bindungen zwischen Landesherrn und Vasallen auseinander und werden durch eine Moral ersetzt, in der das Recht Arbeit zu verkaufen und zu kaufen zentral wird.

Unsere neuerdings unabhängige Weltgesellschaft, mit ihren bemerkenswerten Möglichkeiten, die Menschen rund um den Globus zu verbinden, gibt uns die materielle Basis für eine neue Moral. Marx hätte angenommen, dass eine solche Moral den Interessen der herrschenden Klasse dient, das heißt, den reichen Nationen und den transnationalen Konzernen, die sie hervorbringen. Vielleicht steht jedoch unsere Moral mit unserer Technologie in einer weniger determinierten, loseren Weise in Verbindung, als Marx vermutete.

Moral scheint sich vom Verhalten und den Gefühlen sozialer Säugetiere her zu entwickeln. Doch unsere Moral unterscheidet sich von allem, was wir bei unseren engsten nicht-menschlichen Verwandten beobachten können; als Menschen fangen wir an, unsere argumentativen Fähigkeiten dafür einzusetzen, unser Verhalten gegenüber Mitgliedern unserer Gruppe zu rechtfertigen. Wenn die Gruppe, vor der wir uns rechtfertigen, ein Stamm ist, oder eine Nation, dann ist unsere Moral wahrscheinlich entweder stammesgebunden oder nationalistisch. Wenn jedoch die Kommunikationsrevolution ein weltweites Publikum

geschaffen hat, dann spüren wir vielleicht den Zwang, unser Verhalten vor der ganzen Welt zu rechtfertigen. Diese Veränderung schafft die materielle Basis für eine neue Moral, die im Interesse aller ist, die in dieser Welt leben – trotz viel rhetorischem Aufwand vermochte dies bisher noch keine Ethik.

Vielleicht scheint dieser Appell an eine notwendige ethische Rechtfertigung auf zu großzügigen Annahmen über die menschliche Natur zu basieren, es gibt eine weitere Überlegung ganz anderer Art, die in die gleiche Richtung führt. Die großen Reiche der Vergangenheit, seien es Persien, das römische Reich, China oder Großbritannien, waren, so lange ihre Macht dauerte, fähig ihre Großstädte vor der Bedrohung durch Barbaren aus den Grenzregionen ihrer entlegenen Reiche zu schützen. Im 21. Jahrhundert ist dies der größten Supermacht der Geschichte nicht gelungen – sie konnte die selbsternannten, für eine andere Weltanschauung kämpfenden Krieger nicht davon abhalten, sowohl die einflussreichste Stadt, als auch die Hauptstadt des Reiches anzugreifen.

Meine These ist, dass, ob wir im Globalisierungszeitalter bestehen (wenn wir es überhaupt überstehen) davon abhängt, wie wir moralisch der Idee Rechnung tragen, dass wir in *einer* Welt leben. Es ist schon seit langem moralisch sehr falsch von den reichen Nationen nicht von dieser weltumspannenden ethischen Warte aus zu handeln. Heute zeigt sich, dass es auch – auf lange Sicht hin – ihre Sicherheit gefährdet.

Es gibt ein großes Hindernis für einen Fortschritt in Richtung Weltgemeinschaft. Es muss hier festgestellt werden, in nüchternen, aber deutlichen Worten, dass in den letzten Jahren der internationale Einsatz, eine weltweite Gemeinschaft aufzubauen, wiederholt durch die Weigerung der Vereinigten Staaten, dabei eine angemessene Rolle zu spielen, behindert wurde. Obwohl dieser Staat bei weitem der größte Klimaverschmutzer der Welt ist, und von

allen großen Nationen pro Kopf am meisten Energie verschwendet, haben die Vereinigten Staaten sich geweigert, das von 178 Staaten akzeptierte Kyoto-Protokoll anzuerkennen. Zusammen mit Libyen und China stimmten die Vereinigten Staaten gegen die Einrichtung eines Internationalen Gerichtshofes, an dem Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Anklage gestellt werden können. Jetzt, da es so scheint, als wäre ein solcher Gerichtshof arbeitsfähig, lässt die US-Regierung verlautbaren, dass sie kein Interesse an einer Beteiligung hat. Obwohl die Vereinigten Staaten eine der reichsten Nationen mit der weltweit stärksten Wirtschaft sind, wendet dieses Land proportional gesehen bedeutend weniger für internationale Hilfe auf als irgendeine andere entwickelte Nation.

Wenn sich der mächtigste Staat der Welt, so schien es zumindest bis zum 11. September, hinter seiner militärischen Überlegenheit verschanzt, und es arrogant ablehnt eigene Rechte und Privilegien für das Allgemeinwohl aufzugeben – während andere Nationen solche Rechte und Privilegien einschränken oder abgeben – dann macht dies eine Lösung globaler Probleme unwahrscheinlich. Man kann nur hoffen, dass - wenn der Rest der Welt sich doch auf dem rechten Weg befindet, wie es z.B. die Verabschiedung des Kyoto-Protokolls und jetzt die Einrichtung eines Internationalen Gerichtshofes zeigen - die Vereinigten Staaten aus Angst vor Gesichtsverlust zur Teilnahme gebracht werden. Wenn dies nicht passiert, dann riskieren die Vereinigten Staaten von allen außer ihren selbstzufriedenen Bürgern, als die ‚Schurken-Supermacht‘ der Welt angesehen zu werden.

Da jedoch die Vereinigten Staaten die Zusammenarbeit mit anderen Nationen wünschen in den Fragen, die vor allem ihre eigenen Probleme betreffen – z.B. im Kampf gegen den Terrorismus – können sie sich eine solche weltweite Negativ-Meinung nicht leisten, sogar von einem bloß eigennütigen Standpunkt aus betrachtet.

Ich habe dargelegt, dass in dem Maß, in dem immer mehr Probleme eine zunehmend globale Lösung erfordern, auch das Maß abnimmt, in dem irgendein Staat seine Zukunft unabhängig von anderen Staaten bestimmen kann. Wir müssen deshalb die Institutionen stärken, die Entscheidungen von weltweiter Bedeutung tragen und sie besser auf die Menschen abstimmen, die diese Entscheidungen betreffen.

Diese Gedanken weisen den Weg zu einer Weltgemeinschaft mit direkt gewählter Vertretung und Legislative, die sich vielleicht langsam in vergleichbarer Art und Weise wie die Europäische Union entwickelt.

Es gibt momentan wenig politische Unterstützung für solche Ideen. Abgesehen von der Bedrohung, die diese Idee für die Eigeninteressen der Bürger reicher Nationen darstellt, würden viele einwenden, dass mit einer solchen Politik zu viel aufs Spiel gesetzt würde, und die Gewinne zu unsicher seien. Weitgehend herrscht die Meinung vor, dass eine Weltregierung bestenfalls ein unkontrollierbarer bürokratischer Koloss wäre, der selbst das bürokratische Procedere der Europäischen Union wie ein Kinderspiel erscheinen ließe. Schlimmstenfalls würde mit einer Weltregierung eine weltumspannende Tyrannei entstehen, mit uneingeschränkter Macht und unangreifbar. Solche Einwände müssen ernst genommen werden. Sie stellen eine Herausforderung dar, der sich die klügsten Köpfe auf dem Gebiet der Politikwissenschaft und Verwaltung stellen sollten, sobald sie sich über die neue Realität der Weltgemeinschaft bewusst geworden sind, und ihre Aufmerksamkeit übernationalen Regierungsfragen widmen.

Wir müssen von der Erfahrung anderer multinationaler Organisationen lernen. Die Europäische Union ist eine Föderation, die nach dem Prinzip organisiert ist, dass Entscheidungen immer auf der niedrigsten zuständigen Verwaltungsebene getroffen werden sollten. Die Anwendung dieses Prinzips, des so genannten Subsidiaritätsprinzips, ist noch in

einer Testphase. Wenn es in Europa funktioniert, dann ist es gut möglich, dass es auch weltweit anwendbar ist.

Es wäre bestimmt zu riskant, einen weltweiten Föderalismus sofort umzusetzen, aber wir sollten die schwindende Bedeutung nationaler Grenzen akzeptieren und eine pragmatische, schrittweise Anpassung an eine größere weltweite Regierung vornehmen. Gute Beispiele sind weltweiter Umwelt- und Arbeitsschutz. Die Welthandelsorganisation will die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) darin unterstützen, internationale Arbeitsnormen einzuführen. Wenn diese Normen entwickelt und befolgt werden, so wären sie sinnlos ohne eine globale Institution, die ihre Einhaltung überprüft, und es muss möglich sein, dass andere Länder solche Waren mit Handelssanktionen belegen, die diesen Normen nicht genügen. Da die Welthandelsorganisation bereit ist, diese Aufgabe der IAO zu übertragen, wird diese Organisation in Zukunft gestärkt.

Etwas Ähnliches könnte mit Umweltschutzstandards geschehen. Es ist möglich, sich einen Wirtschaftsbeirat und Beirat für soziale Sicherheit der Vereinten Nationen vorzustellen, dessen Aufgabe es wäre, weltweit Armut zu verringern, und dem die Ressourcen für diese Aufgabe zuerkannt würden. Diese und weitere spezifische Vorschläge zur Stärkung globaler Institutionen, die eine bestimmte Aufgabe weltweit übernehmen können, müssen einzeln diskutiert werden.

Das 15. und 16. Jahrhundert feiern wir wegen der Entdeckungsreisen, die bewiesen, dass die Erde rund ist. Im 18. Jahrhundert wurden zum ersten Mal universelle Menschenrechte verkündet. Das 20. Jahrhundert mit seiner Eroberung des Weltraums ermöglichte es uns Menschen auf unseren Planeten als Ganzen herabzusehen, und ihn – wie nie zuvor – als eine Welt wahrzunehmen. Das heutige 21. Jahrhundert steht vor der Herausforderung, eine

geeignete Form der Regierung für diese eine Welt zu entwickeln. Es ist dies eine moralisch und intellektuelle Herausforderung, aber wir können sie nicht zurückweisen. Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass die Zukunft unserer Welt davon abhängt, wie wir mit dieser Herausforderung umgehen.